



Liebe FreundInnen von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB),

wir freuen uns, euch den Jahresbericht 2011 von GiB überreichen zu können.

Im Jahresbericht wollen wir anschaulich machen, was wir alle zusammen im Jahr 2011 geschafft und erreicht haben. Und, was noch wichtiger ist, damit wollen wir uns bei euch für eure Unterstützung bedanken und auch sichtbar machen, wie wichtig sie für die Arbeit gegen die Privatisierung unserer Gemeingüter ist. Ohne euch hätte es das Ganze nicht gegeben!

Bleibt gespannt auf die Aktivitäten von GiB auch im Jahr 2012! Es verspricht schon jetzt ereignisvoll zu sein.

In das neue Jahr starteten wir mit einer Pressekonferenz mit Ver.di und dem Aufruf „PPP ade“. Befördert von mehreren kritischen Zeitungsartikeln zu PPP zählt der Aufruf bereits jetzt rund 2.000 Unterschriften. Aber es werden noch mehr benötigt. Jede und jeder kann sich an der Abschaffung von PPP beteiligen: Unterschreibt den Aufruf im Internet unter www.gemeingut.org/aufruf oder auf der Rückseite dieses Berichts und schickt ihn uns zu.

Verärgert über die Pressekonferenz und unsere Aktivitäten schlugen die PPP-Lobbyisten zurück: In der Februarnummer des Behördenspielgels verunglimpfte ein PPP-Lobbyist unsere Arbeit. Wir betrachten es als eine Bestätigung, dass GiB-Aktivitäten ein ordentlicher Stachel im Sitzfleisch der PPP-Lobby ist - sie können uns nicht ignorieren. Der Artikel und unsere Antwort sind auf gemeingut.org zu lesen.

Wir sind sicher, PPP wird abgeschafft. Aber damit es passiert bevor noch mehr von unseren Gemeingütern den Konzernen in die Rachen geworfen werden, müssen wir weiter arbeiten. Mit eurer Unterstützung.

Viel Spaß beim Lesen und Handeln wünschen euch

Eure GiB-Aktiven

Inhaltsverzeichnis

I. Unsere Ziele – eine Bilanz	2
II.I. Organisatorische Ziele: Aufbau unserer Strukturen	2
II.II. Unsere übergreifenden politischen Ziele	2
II. Unsere Aktivitäten	3
II.I. Aktionen	3
II.II. Veranstaltungen:	5
II.III. Publikationen und Multimediabeiträge:	5
II.VI. Information und Kommunikation:	6
III. Aufbau des Fundraisings	6
III.I. Ernüchternde Bilanz	6
III.II. Finanzen	6
III.III. Ausgaben/Einnahmen und Kosten- und Finanzierungsplan 2011	7

I. Unsere Ziele – eine Bilanz

I.I. Organisatorische Ziele: Aufbau unserer Strukturen

- Am 4.11.2011 wurde Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V. in den Vereinsregister eingetragen und hat am 18.11.2011 die Bestätigung der Gemeinnützigkeit für Ende 2010 und für das Jahr 2011 bekommen.
- Das GiB-Büro in Berlin wurde etabliert und arbeitsfähig ausgestattet.
- Die geplante 90%-Stelle wurde verteilt auf drei Teilzeitstellen ausgeschrieben und besetzt mit: Laura Valentukeviciute für die Koordination, Dirk Kramm für Technik und Webseite und Carl Waßmuth für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Das Büroteam wurde zeitweise von einem Praktikanten und einer Honorarkraft unterstützt.
- Das GiB-Logo wurde ausgearbeitet und Materialien für die Darstellung von GiB erstellt.
- Eine technisch und inhaltlich anspruchsvolle Webseite entstand.
- Die Kommunikationsstrukturen wurden etabliert: regelmäßige Treffen, regelmäßige Telefonkonferenzen, strukturierte Mailinglisten, regelmäßiger Infobrief.

I.II. Unsere übergreifenden politischen Ziele

PPP gerät in Verruf

Das Modell PPP, unser derzeitiger Schwerpunkt in der Arbeit gegen Privatisierung, gerät immer mehr in Verruf: Ein hochrangiger PPP-Lobbyist, Prof. Dr. Hannes Rehm, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der ÖPP AG (Partnerschaften Deutschland AG) und bis Juli 2011 der Sprecher des „SoFFin“, spricht von einer „Eintrübung des generellen Meinungsumfeldes für ÖPP“. Rehm weiter: „Ich möchte behaupten, das liegt vor allem an der sich verstärkenden kritischen Haltung der Politik und mancher gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem zweiten „P“. Die Kritik an ÖPP kommt in Deutschland vor allem aus Nichtregierungsorganisationen, von Gewerkschaften und häufig auch von der Politik selbst.“ Zu dem ungewollten, aber willkommenen Lob mehr hier: www.gemeingut.org/2011/10/ex-soffin-sprecher-prof-dr-rehm-zieht-die-ppp-bilanz-anhand-einer-meinungsumfrage.

Weitere Indikatoren für eine zunehmend kritische Wahrnehmung von PPP ist die steigende Zahl der Presseanfragen zum Thema an uns, zugleich fließen unsere Inhalte auch stärker ein. Auch stehen mittlerweile drei PPP-kritische Abgeordnete von der SPD, der Linken und den Grünen mit uns in engem Austausch.

Volksentscheide gegen Privatisierung

Anfang des Jahres wurde mit den Stimmen von 666.000 BerlinerInnen das bundesweit erste Gesetz zur Offenlegung eines PPP-Vertrags in einer Volksabstimmung verabschiedet. In Italien wurde per Volksentscheid die Wasserprivatisierung im ganzen Land verboten, das hat auch die Diskussion über bundes- oder sogar EU-weite Volksentscheide gegen die Privatisierung unserer Gemeingüter befördert. Mittlerweile bildet sich schon eine auch von Gewerkschaften unterstützte Initiative für ein EU-weites Verbot der Liberalisierung der Wasserwirtschaft. Wir sehen die Unterstützung und Initiierung von den solchen Volksbegehren als eine der wichtigsten Aufgaben von GiB und haben sie nach unseren Kräften unterstützt. Mehr dazu auf S. 4.

Stimmung wendet sich den Gemeingütern zu

Immer mehr Kommunen erwägen eine Rekommunalisierung. 2011 wurden in Hamburg, Stuttgart und Berlin vier Volksentscheide für große Unternehmen der öffentlichen Hand organisiert. Das Klima für Rekommunalisierungen wird durch die Finanzkrise begünstigt, eventuell öffnet sich sogar ein „Gelegenheitsfenster“ für die Mobilisierung zu mehr demokratischer Kontrolle über Gemeingüter. Das bestätigt sich auch in uns nahestehenden Organisationen: Die kritische Haltung zu PPP hat sich bei GEW, Ver.di und DGB, in der Partei die Linke, in der Rosa Luxemburg- und Hans-Böckler-Stiftung verfestigt, wir haben dort inzwischen Ansprech- und KooperationspartnerInnen mit einer klaren PPP-kritischen Haltung.

II. Unsere Aktivitäten

II.1. Aktionen

Das erste und gleichzeitig intensivste Projekt von GiB in 2011 war die Unterstützungskampagne zum Volksentscheid des Berliner Wassertischs vom 13. Februar 2011 zur Offenlegung der Geheimverträge zu den Berliner Wasserbetrieben, die Kampagne „Wollt ihr wissen“.

Warum „Wollt ihr wissen“? Ende 2010 ging noch eine gefühlte Mehrheit in Berlin davon aus, alle Wasserverträge seien bereits offen gelegt. Der Volksentscheid zur Offenlegung der Verträge drohte an zu geringer Wahlbeteiligung zu scheitern. „Wollt ihr wissen ...?“ bezog sich auf 100 von uns öffentlich präsentierte offene Fragen zum Berliner Wasser: Ohne eine vollständige Offenlegung aller Verträge und Nebenabreden, so unsere These, sei ihre Beantwortung nicht möglich.

Intensive Pressearbeit: Im Zeitraum von einem Monat veröffentlichten wir 12 Pressemitteilungen und hielten zwei Pressekonferenzen ab. Unter anderem präsentierten wir symbolisch 180 geheime Aktenordner, um das Ausmaß der politischen Geheimniskrämerei bildlich darzustellen.

Videospots: Knapp 30 BerlinerInnen kamen in unser spontan zum Filmstudio umfunktioniertes GiB-Büro und fragten in die Kamera: „Wir wollen wissenwas passiert, wenn das Berliner Rohrnetz von Veolia und RWE ähnlich vernachlässigt wird wie die S-Bahn von der DB? ...in welchem Zustand unser Trinkwassernetz ist? ...ob bald 75% der Fische in der Spree weiblich sind? ...warum Paris den Vertrag mit Veolia nicht verlängert hat? ...in welchem Zustand RWE und Veolia uns das Trinkwasser- und Abwassernetz zurückgeben müssen?“ und vieles mehr.

Zu sehen unter www.wollt-ihr-wissen.de/videos/



Cyber-Debatten: Neben zahlreichen BürgerInnen, die die Diskussionsforen unserer Internetseite nutzten, waren bald auch die Pressesprecher der Berliner Wasserbetriebe (BWB) und von Veolia water sehr aktiv darin, ihre Meinung auf unserer Webseite kund zu tun. Den Rekord hält der Sprecher von Veolia Wasser – er schrieb knapp 30 Beiträge mit insgesamt über 30.000 Zeichen. Eine Woche nach der Veröffentlichung unserer „100 Fragen“ stellten zudem die BWB elf Webseiten mit unserer Kampagnen-Seite zum Verwechseln ähnlichen Webadressen online – eine unseriöse Praxis, die unter Internet-ExpertInnen als „Typosquatting“ bekannt ist. Dort gaben die BWB vor, unsere Fragen zu beantworten. Mittlerweile führt Wikipedia in seinem Eintrag zu Typosquatting die BWB als „Beispiel aus jüngster Zeit“ an für Typosquatting bei „aus wirtschaftlichen und politischen Gründen geführten Kämpfen“.

Straßen-Aktionen:

- **Januar 2011:** Anlass für eine gut aufgenommene Straßenaktion war das hartnäckige Schweigen des Berliner Senats zum Wasservolksentscheid: In Anklang an Luthers Thesenanschlag nagelten wir „95 Fragen zum Berliner Wasser an die Rote Rathaustür“.
- **Februar 2011:** Eine „Goldene Universalschraube für besonders verdrehtes Argumentieren“ erhielt der Berliner Linken-Fraktionschef Klaus Lederer von uns verliehen, als symbolische Auszeichnung für folgende Phrase: „Ein erfolgreicher Volksentscheid liefe vermutlich darauf hinaus, dass er folgenlos bleiben würde und sich die anschließende Enttäuschung in Passivität niederschlägt.“
- **März 2011:** Weltwassertag: Party mit Public Viewing des Dokumentarfilms „Water Makes Money“ über Wasserprivatisierung und -rekommunalisierung von L. Franke und H. Lorenz.
- **April 2011:** Kundgebung gegen den internationalen Wasser-Kongress mit dem dreisten Namen „Water Meets Money“ mit Kurztheater zur Wasserprivatisierung, Auszügen aus der Menschenrechtserklärung und einem Sockenpuppentheater. Wasser wurde auch mit direkt vor Ort gedrucktem Geld versteigert, zum Abschluss gab es eine weitere öffentliche Aufführung des Films „Water Makes Money“. Von der Aktion gibt es einen Kurzfilm: <http://www.youtube.com/watch?v=8X9H6sgeizc>. PM und Fotos: www.gemeingut.org/2011/04/pressemitteilung-protest-gegen-lobbyistentagung-zeigt-wasser-ist-keine-ware-sondern-menschenrecht/
- **Juli 2011:** Die Spreeparade ist in Berlin eine Pflichtveranstaltung für PrivatisierungsgegnerInnen. Wir haben Materialien gegen Privatisierung verteilt und unseren Protest auf einem Banner, in Redebeiträgen und auf Sprechblasen öffentlich gemacht.
- **August 2011:** Auf der Europäischen Sommerakademie von attac (European Network Academy – ENA) präsentierten wir in einer als Kundgebung gestalteten Pressekonferenz unsere Publikation „PPP-Handreichung für KommunalpolitikerInnen“. Das erste Exemplar überreichten wir der privatisierungskritischen Stadträtin Irene Vogel von der Unabhängigen Liste Freiburg. Dazu wurden Texte zu Aspekten von Wasserprivatisierung weltweit verlesen, das „Lied vom Wasser“ gesungen und begleitet von der Freiburger Trommlergruppe „Sambasta“ bildeten wir eine kleine Demo durch die Innenstadt. Zum Abschluss führten wir eine Dokumentarsatire auf, in der alle Texte vollständig aus Originalzitate von PPP-Lobbyisten gebildet wurde (siehe auch www.gemeingut.org/2011/08/ena-2011-demo-am-bertholdsbrunnen/)



Bundes- und europaweite Aktivitäten gegen PPP, die GiB unterstützt hat:

- Zwei Referenden in Hamburg („Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ und „Unser Hamburg – Unser Netz“) und ein Bürgerbegehren in Stuttgart für die Rekommunalisierung der Konzessionen „Energie- und Wasserversorgung Stuttgart“: Verbreitung der Informationen über die Listen, die

Webseite und facebook. Einladung der Referenden-InitiatorInnen als ReferentInnen in unseren Workshops und Treffen.

- Referendum gegen die Wasserprivatisierung in Italien (Juni 2011): Öffentlichkeits- und Pressearbeit in Deutschland als Mobilisierung für die Teilnahme am Volksentscheid, Verbreitung des in Deutsch übersetzten Gesetzestextes, Redebeitrag auf der Großdemo in Rom.



Wir werden bundesweit wahrgenommen und bekommen Anfragen bzgl. der Unterstützung bei der Bekämpfung diverser PPP-Projekte. Leider können wir aufgrund unserer mangelnden Ressourcen nur wenige dieser Anfragen ausreichend bearbeiten und die Unterstützung nicht im benötigten Umfang leisten.

Gruppenunterstützung und Vernetzung:

Für die stärkere Unterstützung der Gruppen haben wir beim letzten Bundestreffen ein Info- und Unterstützungspaket entwickelt. Das Paket soll im ersten Quartal 2012 fürs Verschicken an die Gruppen bereitstehen. Der Ausbau einer dezentralen Aktionsbörse zum Austausch von Aktionsideen, –berichten, –materialien, –aufrufen und –erfahrungen ist gerade in Bearbeitung und soll zeitnah mit dem Aktionspaket den Gruppen zur Verfügung stehen.

Für das kommende Jahr steht außerdem an, die Vernetzung der PPP-GegnerInnen aktiv zu bearbeiten: KommunalpolitikerInnen gegen PPP, Architekten und Ingenieure gegen PPP, Kreis der PPP-kritischen WissenschaftlerInnen, Kreis der PPP-kritischen SchulleiterInnen u.ä.

II.II. Veranstaltungen:

Wir haben im Jahr 2011 zwölf Workshops und Infoveranstaltungen angeboten (ohne die monatlichen GiB-Treffen) und haben zu elf Veranstaltungen ReferentInnen entsandt. Neue Aktive finden zu uns insbesondere durch die Workshops, die wir anbieten (z.B. ENA, Wachstumskongress etc.) sowie durch die bundesweiten Treffen und die monatlichen GiB-Treffen in Berlin. Die monatlichen Treffen finden am ersten Montag im Monat, ab 19:00 Uhr im GiB-Büro statt.



II.III. Publikationen und Multimediabeiträge:

Im Jahr 2011 haben wir viele Publikationen veröffentlicht und einiges an Material bereitgestellt:

- Ca. 40 selbst verfasste Artikel und Kommentare (die meisten stehen auch auf der Webseite www.gemeingut.org)
- die Broschüre „PPP-Handreichung“ (20 Seiten A6, Auflage 2.000)
- In Zusammenarbeit mit der österreichischen Gewerkschaft Vida und der Redaktion von Lunapark21 das Heft Lunapark21/extra „Daseinsvorsorge und Demokratie“ (48 Seiten, Auflage 3.000)
- Drei Gastbeiträge zu Privatisierung in der Zeitschrift Lunapark21 (je 20.000 Zeichen, Auflage jeweils 5.000)
- einen Infobrief/extra, ab Herbst monatliche Rundbriefe (in Digitalform). Den Infobrief bestellen: infobrief@gemeingut.org
- Werbeflyer für GiB (10.000 St.), Spendenpostkarten (1.200 St.) in fünf Motiven zur Privatisierungskritik, einen Aufkleber (500 St.) und einen Button (250 St.)
- Einen Flugblatt in Zusammenarbeit mit dem Filmverleih „Piffli Medien“ zu den Deutschlandpremierern des Films „Und dann der Regen“ über den Wasserkrieg in Cochabamba.

GiB-Publikationen findet ihr hier: www.gemeingut.org/material/

Es wurden 14 Kurzvideos für die Kampagne „Wollt ihr wissen“ und ein Kurzfilm für die Aktion „Water meets Geldgier“ gedreht. Außerdem es wurde ein Audiobeitrag zu GiB und unseren Veranstaltungen bei der ENA produziert (nachhören: www.gemeingut.org/2011/10/ena-was-macht-gib-so-wichtig/).

II.VI. Information und Kommunikation:

Für Anfragen sind wir von Montag bis Freitag im Büro erreichbar. Den Informationsfluss versuchen wir über die monatlichen Infobriefe kontinuierlich zu halten, die wir seit dem Herbst versenden. Neben dem Infobrief versorgen wir unsere Listen und die Webseite laufend mit Artikeln, Multimediabeiträgen und Kommentaren sowohl aus eigener Produktion als auch aus den bundesweiten Medien.

Die Webseite ist eines der wichtigsten unserer Kommunikationsmedien und wird, wie geplant, durchschnittlich 50 Mal pro Tag besucht, allerdings mit großen Schwankungen. Insbesondere zwei unserer Artikel, die im „Nachdenkseiten“-Blog veröffentlicht wurden, haben vergleichsweise hohe BesucherInnenzahlen auf unserer Webseite generiert: 800 und 700 in wenigen Tagen.

Für die Kommunikation mit den MedienvertreterInnen haben wir einen eigenen Presseverteiler aufgebaut, bzw. den aus der Zeit der PPP-Irrweg-Kampagne ausgeweitet. Im Jahr 2011 haben wir 18 Presseanfragen bekommen und haben 21 Pressemitteilungen (alleine und in Zusammenarbeit mit attac, dem Berliner Wassertisch u.a.) verfasst.

III. Aufbau des Fundraisings

III.I. Ernüchternde Bilanz

Eines der Ziele mit der Gründung von GiB als Verein war, eine dauerhaft überlebensfähige Struktur aufzubauen. Dazu bedarf es neben viel ehrenamtlicher Unterstützung des kontinuierlichen Einwerben von Mitteln, neudeutsch „Fundraising“. Die selbst gestellte Aufgabe, Strukturen für ein Fundraising aufzubauen und gleichzeitig schon genügend Spenden für die zahlreichen Aktivitäten in 2011 zu gewinnen, haben wir dieses Jahr nicht erfüllt. In Zahlen: Zusätzlich zu den Geldern aus der Basisförderung haben wir statt der geplanten 52.000 Euro nur knapp 22.000 Euro eingeworben.

Bei aller negativer Bilanz: der Trend ist eindeutig positiv. Seit dem Sommer werden wir beim Fundraising von einer kompetenten Honorarkraft unterstützt. Gleichzeitig haben wir unseren Schwerpunkt deutlich stärker auf das Stiftungsfundraising und auf Kooperationen verlegt, mit guten ersten Ergebnissen. Wir haben eine Datenbank ausgewählt, installiert, weitgehend alle vorhandenen Daten eingepflegt und zu zehnt eine online-Schulung dazu wahrgenommen.

Parallel dazu haben wir uns im Bereich Fundraising weitergebildet: Auf einer zweitägigen Schulung durch attac, anderthalb Tage bei der Karawane in Hamburg sowie auf einem zahlreichen Aktivitäten der Bewegungstiftung.

III.II. Finanzen

- Die Ausgaben im ersten Halbjahr waren gemäß Finanzplan ca. 5.000 Euro / Monat. Im zweiten Halbjahr musste deutlich gekürzt werden, die Ausgaben betragen daher ca. 3.500 Euro / Monat.
- Die Einnahmen im ersten Halbjahr waren deutlich unter den Vorgaben im Finanzplan (etwa 5.000 Euro / Monat). Im zweiten Halbjahr haben wir Einnahmen hauptsächlich durch die

GründungspatInnenaufrufe und die Anträge an die Stiftungen generiert.

- Es wurden zinslose Privatkredite in Höhe von 6.000 Euro aufgenommen, die 2012 und 2013 fällig zur Rückzahlung werden.

III.III. Ausgaben/Einnahmen 2011 und Kosten- und Finanzierungsplan 2011 - 2012

Einnahmen	Soll 2011	Ist 2011	Soll 2012
Bewegungsstiftung	30.000,00	30.000,00	20.000,00
GründungspatInnen (18)	20.000,00	6.925,00	7.200,00
Gezielte Anfrage bei Einzelpersonen (20)	10.000,00	2.887,91	6.000,00
Spendenaufrufe (mailaufrufe) an Adressen von PPP-Irrweg	10.000,00	0,00	2.000,00
Direkte Spenden aus Internet (Überweisung, PayPal, Flattr)	400,00	0,00	1.000,00
Werbung um Fördermitglieder	6.000,00	0,00	3.000,00
Gezielte Anfragen bei verdi / Hans-Böckler-St. / EU		0,00	10.000,00
Bezahlung Dritter für Aktivitäten im Rahmen der Ziele der G.i.B	2.000,00	10.890,19	20.000,00
Barmer Erstattung	0,00	1.273,50	0,00
Sonstige Einnahmen		265,19	300,00
Verkauf Materialien (Kurzfilm, Handreichungen)	1.000,00	0,00	1.000,00
Spendenaufruf (Brief) an die ca. 200 Spender von Bahn für alle	3.000,00	0,00	0,00
Zinslose Kredite	0,00	6.000,00	-4.000,00
Summe	82.400,00	58.241,79	66.500,00
Ausgaben			
Personal	Soll 2011	Ist 2011	Soll 2012
Gehalt 1 – Anz Wochenstd.: 20 (Koordination)	-22.500,00	-22.313,64	-22.500,00
Gehalt 2 – Anz Wochenstd.: 8 (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)	-9.000,00	-5.191,69	-9.000,00
Gehalt 3 – Anz Wochenstd.: 8 (Webmaster)	-9.000,00	-9.011,83	-9.000,00
Gehalt 4 (Praktikant_innen)	-4.800,00	-500,00	-2.400,00
Weitere Personalkosten: Fundraising	-1.884,00	-800,00	-9.000,00
Weitere Personalkosten: Layout, Kommunikation	0,00	-2.341,45	0,00
Zwischensumme Personalkosten	-47.184,00	-40.158,61	-51.900,00
Sachkosten	Soll 2011	Ist 2011	Soll 2012
Büro-Miete	-3.000,00	-5.417,29	-4.970,00
Büro-Material	-800,00	-1.241,93	-1.000,00
Telekommunikation	-600,00	-361,47	-400,00
Porto und Versand	-600,00	-98,65	-500,00
Reisekosten/Teilnahmekosten/Fachliteratur	-1.500,00	-1.407,67	-1.500,00
Publikationen	-1.000,00	-1.120,00	-1.500,00
Aktionen und Aktionsmaterial	-5.500,00	-3.536,70	-3.600,00
Rechtskosten	0,00	0,00	0,00
Vereinsgründung	-500,00	-93,70	0,00
Ausstattung: Computer, Büromöbel etc.	-2.000,00	-1.815,50	-500,00
Zwischensumme Sachkosten	-15.500,00	-15.092,91	-13.970,00
Gesamtsumme Personal und Sachkosten	-62.684,00	-55.251,52	-65.870,00
Übertrag		-1.589,46	1.400,81
Kosten und Übertrag	-62.684,00	-56.840,98	-64.469,19
Bilanz	19.716,00	1.400,81	2.030,81

Für unsere Arbeit im Jahr 2012 brauchen wir **60.000 Euro**. **30.000 Euro** sind über **regelmäßige Spenden und Stiftungsbeiträge** bislang gedeckt.

Unsere geplanten Projekte für 2012 sind u.a.:

- der bundesweite Aufruf für den Stopp der PPP-Projekte und die öffentlichkeitswirksame Übergabe der Unterschriften
- das „Erste Hilfe Paket“ - das Info- und Materialpaket für die Gruppen für die Vorträge, Aktionen und Demos
- Workshops bei und Dokumentation von FAME - Alternativen Wasserforum in Marseille 2012

Auch in Zukunft freuen wir uns über eure finanzielle Unterstützung auf das Spendenkonto von Gemeingut in BürgerInnenhand: KTO 1124229100, BLZ 43060967, GLS-Bank.

GiB wird gefördert von:



Unterzeichnet den Aufruf und schickt es an uns zurück. Weitere Exemplare findet ihr auf www.gemeingut.org/aufruf

Public Private Partnership - 12 Jahre sind genug!



Herr Schäuble:
PPP ade!

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble,

Im Zentrum der Diskussion um die Krise in Europa steht die Verschuldung öffentlicher Haushalte. „Public Private Partnership“ (PPP), auch Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP) genannt, ist eine Form versteckter Verschuldung. Trotz der Eurokrise wird PPP vom Finanzministerium weiter massiv gefördert. PPP wird als Alternative zur Privatisierung bezeichnet.

Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Schulen, Gefängnisse, Krankenhäuser, aber auch Autobahnen werden Privaten in enorm lang laufenden Verträgen übergeben. Nach diesem Modell sind Planung, Bau bzw. Sanierung, Finanzierung und der Betrieb über zumeist 30 Jahre in der Hand des privaten Investors. Die Mietforderungen an die öffentlichen Haushalte werden häufig an Infrastrukturfonds verkauft, die damit an den internationalen Finanzmärkten spekulieren.

PPP sei schneller, effizienter, nachhaltiger sagen die Befürworter in Wirtschaft und Ministerien. Nichts davon hat sich bewahrheitet. Es gibt exorbitante Baukostensteigerungen wie bei der Hamburger Elbphilharmonie, laufende Kosten stellen sich als überhöht heraus wie bei über 90 Schulen im Landkreis Offenbach. Schon nach einem Jahr bröckeln die Straßenbeläge der A1.

Die Kosten der PPP-Projekte werden derzeit nicht als Schulden in den Haushalten verbucht, sie werden in Schattenhaushalten versteckt und stellen eine verdeckte Kreditaufnahme dar.

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben zahlreiche sehr kritische Bewertungen von PPP-Vorhaben abgegeben, die aber bisher unberücksichtigt geblieben sind. Mit Verweis auf die positiven Erfahrungen in Großbritannien wurde PPP in Deutschland eingeführt. Aber der Haushaltsausschuss des britischen Unterhauses kommt 2011, nach mittlerweile zwanzigjähriger Erfahrung mit PPP, zu einem sehr negativen Resümee. Parteiübergreifend sprechen Abgeordnete des Unterhauses davon, die Steuerzahlenden würden „abgezockt“ und „betrogen“.

Public Private Partnership hat nicht gravierende Fehler, sondern ist selbst der Fehler. PPP löst keine Beschaffungs- und Finanzierungsprobleme, sondern mehrt die sozialen Probleme und bedroht unsere Demokratie.

Herr Dr. Schäuble,

- **legen Sie die bisherige Verschuldung durch PPP offen!**
- **Stoppen sie die laufenden PPP-Vorhaben,**
- **lösen sie die PPP-Werbeagentur "Partnerschaften Deutschland AG" ersatzlos auf!**
- **Schließen sie die deutschen Schattenhaushalte!**

Name, Vorname

Straße, Haus Nr.

PLZ, Ort

E-mail

Datum

Unterschrift

Ich möchte über den Fortgang dieser und ähnlicher Aktivitäten von GiB unterrichtet werden.

Bitte bis 31.03.2012 zurücksenden an: Gemeingut in BürgerInnenhand, Weidenweg 37, 10249 Berlin / info@gemeingut.org, Fax (030) 37 30 22 96

oder unterzeichnen unter: www.gemeingut.org/aufruf

